§ 6

Sind Ausländer oder Staatenlose verhindert, die polizeiliche An- oder Abmeldung persönlich vorzunehmen, so können sie sich nur durch den Ehegatten vertreten lassen.

§ 7

(1) In den Fällen gemäß § 8 Abs. 4 der Meldeordnung kann die Mitteilung durch den Hauseigentümer oder Wohnungsgeber an die Volkspolizei-Meldestelle persönlich, schriftlich oder auch fernmündlich gegeben werden.

(2) Bei Wohnungswechsel innerhalb einer Gemeinde gemäß § 5 Abs. 2 der Meldeordnung sind jedoch die Hausbesitzer und Wohnungsgeber der letzten Wohnung abmeldepflichtig.

§ 8

(1) Wer gemäß § 4 der Meldeordnung in einer Gemeinde der Deutschen Demokratischen Republik gemeldet ist und zu Besuchszwecken, Geschäftsreisen oder aus anderen Gründen das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vorübergehend verlassen will, hat sich vor der Abreise und spätestens 3 Tage nach der Rückkehr polizeilich zu melden.

(2) Erfolgt die vorübergehende Ausreise »ohne Visum oder ohne Interzonenpaß, so wird die polizeiliche Abmeldung von Amts wegen vorgenommen und der Personalausweis für ungültig erklärt (§ 5 Absätze 3 und 4 der Meldeordnung).

(3) Der § 9 der Meldeordnung ist in diesen Fällen nicht anwendbar.

§ 9

(1) Für Mitglieder ausländischer Delegationen (§ 11 Abs. 2 der Meldeordnung) sind die Pässe bei ihrem Eintreffen von der einladenden Organisation der Konsular-Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vorzulegen.

(2) Treffen ausländische Delegationen nicht zuerst in Berlin, sondern in einem Ort der Deutschen Demokratischen Republik ein, so sind die Pässe von der einladenden Organisation innerhalb 24 Stunden bei dem örtlich zuständigen Volkspolizeiamt vorzulegen. Kommt die Delegation im weiteren Verlauf ihrer Reise nach Berlin, so sind die Pässe außerdem noch dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vorzulegen. §

§ 10

In den Fällen gemäß § 14 Abs. 1 der Meldeordnung gelten als Ausweispapiere neben den gemäß § 3 der Meldeordnung genannten, auch die in der Anordnung des Ministeriums des Innern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. März 1952 über Ausweise von Personen, die in der Deutschen Demokratischen Republik wohnen, § 1 Abs. 2 Buchstaben a bis d aufgeführten Ausweise (GBl. S. 222).

§ 11

(1) Die Meldepflicht bei Beherbergung gemäß § 13 der Meldeordnung entfällt für Ausländer gemäß § 11 Abs. 1 Buchst. a der Meldeordnung, wenn sie sich mit dem Diplomatenausweis legitimieren. Über diesen Personenkreis ist lediglich im Fremdenverzeichnis Nachweis zu führen. Ausländer, die einen

Ausweis für nichtdiplomatische Mitarbeiter besitzen, sind außerhalb ihres festen Wohnsitzes allgemein meldepflichtig.

(2) Von Mitgliedern ausländischer Delegationen (§ 11 Abs. 2 der Meldeordnung) sowie von Ausländern und Staatenlosen, die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einreisen, sind mit dem Meldeschein für Beherbergungsstätten gleichzeitig bei der Volkspolizei die Pässe vorzulegen, die noch keinen Registriervermerk der Konsular-Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten oder der Volkspolizei enthalten.

(3) Ausländer mit Diplomaten- oder Dienstpässen, die nicht zu dem Personenkreis nach § 11 der Meldeordnung gehören, sind gemäß § 13 der Meldeordnung zu melden. Dabei ist gleichzeitig der Diplomaten- oder Dientpaß mit vorzulegen.

§ 12

(1) Ist es zweifelhaft, ob ein Unternehmen oder eine Anstalt unter § 13 oder § 20 der Meldeordnung fällt, so ist entscheidend, ob mit dem Aufenthalt eine ärztliche Betreuung aller Personen verbunden ist. Ist dies der Fall, so ist § 20 der Meldeordnung anzuwenden, andernfalls der § 13 der Meldeordnung.

(2) Das Haus- und Pflegepersonal der in §§ 13, 20 und 21 der Meldeordnung genannten Unternehmen und Anstalten ist stets gemäß § 4 der Meldeordnung meldepflichtig.

§ 13

Für Personen, die mit einem Interzonenpaß in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eingereist und am Aufenthaltsort noch nicht gemeldet sind, ist von den in § 13 der Meldeordnung genannten Unternehmen mit dem Meldeschein gleichzeitig der Interzonenpaß vorzulegen. Der Interzonenpaß wird von der Volkspolizei einbehalten und ist am nächsten Tag von dem Interzonenpaßinhaber wieder abzuholen.

§ 14

(1) Ist der Aufenthalt in einer der in den §§ 13, 20 und 21 der Meldeordnung genannten Unternehmen und Anstalten von vornherein auf Dauer berechnet, so setzt die Meldepflicht nach § 4 der Meldeordnung sofort ein.

(2) Bei Daueraufenthalt in Anstalten gemäß §§ 20 und 21 der Meldeordnung sind die Personalausweise der aufgenommenen Personen durch die Leiter der Anstalten diebes- und feuersicher aufzubewahren.

§ 15

(1) Die Meldung gemäß § 20 der Meldeordnung hat auch dann zu erfolgen, wenn nur der Verdacht besteht, daß Tatbestände nach Abs. 1 Buchstaben a und b vorliegen.

(2) Der Tatbestand, der zur Meldung gemäß § 20 Abs. 1 Buchstaben a bis c der Meldeordnung verpflichtet, ist auf der Rückseite des Meldescheines für Krankenhäuser anzugeben.

(3) Als gültige Personalausweise im Sinne des § 20 Abs. 1 Buchst. c der Meldeordnung gelten nur die in § 3 Abs. 1 Buchstaben a bis c der Meldeordnung aufgeführten Personalausweise.